

Refereed article

Konstitutionalisierungsprozesse in der chinesischen Staatstheorie: Top-Down-Orchestrierung institutioneller Reformen

Nele Noesselt, Ulrike Gansen, Martin Miller und Jonas Seyferth

Summary

Since taking office, China's fifth generation of political leaders with Xi Jinping at the center has made significant efforts to rebuild the party-state. While phenomena such as (oscillating) processes of centralization and personalization have been ever present in Chinese reform politics, governance reforms under Xi Jinping display distinct features that mark a significant departure from previously observed patterns. Drawing on an institutionalist theoretical framework and data from key speeches and documents on reform decisions, our analysis discovers an approach to reform that heavily relies on overriding dysfunctional state structures by formalizing and constitutionalizing ad-hoc (informal) institutional arrangements. While this approach deeply affects the formal backbone of the Chinese governance system and deactivates elements of the post-Mao reform consensus, the Party leadership, on a rhetorical level, offers multilayered narratives of continuity in order to generate legitimacy for reform measures. These findings suggest that reform politics under Xi Jinping are not to be conceived of as just another cycle of temporary adaption but rather as directed towards a transition to a new stage in the Chinese state-building process, which also indicates the emergence a new sub-type of hybrid regimes.

Keywords: China, fifth generation, governance innovation, institutional change, reform politics, Xi Jinping

Nele Noesselt ist Inhaberin des Lehrstuhls für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt China/Ostasien am Institut für Politikwissenschaft und dem Institut für Ostasienwissenschaft (IN-EAST) der Universität Duisburg-Essen.

Ulrike Gansen ist Absolventin des Studiengangs Politikmanagement (M.A.) der NRW School of Governance.

Martin Miller ist Absolvent des Studiengangs Politikmanagement (M.A.) der NRW School of Governance und arbeitete in Zusatzmodulen zu Governance-Prozessen in der post-maoistischen VR China

Jonas Seyferth ist Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt China/Ostasien der Universität Duisburg-Essen.

Einleitung

Im Zuge der im März 2018 durch den Nationalen Volkskongress der Volksrepublik (VR) China verabschiedeten Verfassungsrevision wurden erstmals auch mit der Einführung einer Nationalen Aufsichtskommission die Grundpfeiler der staatlichen Institutionenordnung adjustiert (Xinhua 2018). Bei der post-maoistischen Reformverfassung handelt es sich zwar weiterhin unverändert um eine sozialistische Verfassung, die sich in ihren Funktionen grundlegend von jenen einer demokratisch-liberalen unterscheidet und keine Gewaltenbeschränkung vorsieht. Die reale Politikgestaltung wird von informellen Strukturen und Mechanismen dominiert; die Institutionenordnung der Verfassung bildet nicht die realen Machtverhältnisse zwischen Partei und Staat ab. Die Politik der VR China basiert auf einer rechtsgestützten Herrschaft, bei der die Partei selbst an oberster Stelle steht, in ihrer Macht nicht limitiert wird. Vor diesem Hintergrund erscheint die jüngste Verfassungsrevision nahezu paradox und wirft die Frage auf, welche strategischen Überlegungen der Formalisierung von neuen Kontrollmechanismen und -institutionen unterlegen haben und in welchem Zusammenhang dies zu den unter Xi Jinping seit 2012/2013 angestoßenen Reform- und Systemkorrekturmaßnahmen steht.

Der vorliegende Beitrag untersucht die zwischen 2012/2013 und 2018/2019 erfolgten institutionellen Feinadjustierungen des chinesischen Partei-Staates aus einer institutionentheoretischen Perspektive. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf dem im Zuge der Stärkung responsiver Governance-Mechanismen erfolgten Aufbau neuer Checks-and-Balances-Strukturen. Beleuchtet werden ihre Verankerung im administrativen Staatsapparat wie auch ihre Implikationen für die Steuerungsbeziehungen zwischen Zentral- und Lokalregierungen und die Interaktionen zwischen Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft. Zentrale Reformbausteine wie das *Top-Level Design (dingceng sheji)*, die Aufwertung eines Teils der (Kleinen) Führungsgruppen zu Kommissionen und die Verankerung der Führungsrolle der Partei in der revidierten Staatsverfassung im März 2018 signalisieren, dass die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) erneut zu einer verstärkten Durchdringung und Kontrolle der staatlichen Sphäre ansetzt. In verschiedenen Bereichen zeigen sich Tendenzen zur Straffung von Steuerungsbeziehungen, die daraus resultieren, dass Staat und Wirtschaft mittels der Etablierung von Parteizellen enger an das politische Entscheidungszentrum der KPCh angebunden werden. Es erfolgt ein partieller Austausch von Teilsegmenten des bürokratischen Staatsapparats, der der Errichtung einer reformierten Institutionenordnung bei Rückbau dysfunktionaler Arrangements dient. Dabei treten mitunter aber auch nachteilige Effekte zu Tage: So sind insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene Funktionsträger unter erheblichen Druck von verschiedenen Seiten geraten, was teilweise Lähmungserscheinungen in Staats- und Parteiapparat hervorgerufen hat.

Ausgehend von Schlüsselreden der chinesischen Führungselite sowie zentralen politischen Reformdokumenten nähert sich der vorliegende Artikel den unter Xi erfolgten institutionellen Restrukturierungsprozessen in drei Schritten. Nach einer kurzen Einführung des theoretischen Analyserasters – Theorien des Institutionalismus unter besonderer Berücksichtigung des Diskursiven Institutionalismus nach Vivien A. Schmidt – zeichnet der Artikel die 2012 von Xi Jinping mit der Anti-Korruptionskampagne initiierte Neuordnung des Institutionengefüges nach. Die Besonderheit des vorliegenden Falles (2012–2019) besteht, wie die vorliegende Untersuchung zeigt, darin, dass abweichend von früheren Prozessen diesmal kurzfristig eingesetzte informelle Institutionen nicht aufgelöst, sondern im März 2018 abschließend formalisiert worden sind. Zudem sind Grundprinzipien der post-maoistischen Reformära, wie das Prinzip der kollektiven Führung, partiell relativiert worden. Unter Zusammenführung von Theorien des Institutionalismus und Ansätzen der (vergleichenden) Staatstheorie unternimmt der vorliegende Artikel den Vorstoß, die Entwicklungen der VR China unter der fünften Führungsgeneration nicht als Oszillieren zwischen Phasen der Re- und Dezentralisierung oder zwischen personalisierter versus legal-rationaler Herrschaft einzustufen. Stattdessen sind diese Ereignisse als Entwicklungsstufen eines noch nicht final abgeschlossenen Staatsbildungsprozesses einzuordnen, der auf die Herausbildung einer neuen Subkategorie moderner Hybridregime hindeutet.

Vorbetrachtungen zum Analysemodell: Institutioneller Wandel

Unter welchen Voraussetzungen erfolgt ein Wandel der politischen, zumeist in der offiziellen Staatsverfassung verankerten Institutionenordnung? In der Institutionalismus-Debatte finden sich hierzu zwei konkurrierende Denkansätze. Der Historische Institutionalismus geht in erster Linie davon aus, dass bürokratische Staatsapparate und ihre Institutionen sich beständig pfadabhängig reproduzieren. Wenn auch im Zuge von internen Krisen oder externen Schocks Systemanpassungen erforderlich sein mögen, wird doch erwartet, dass sich unmittelbar nach den vorgenommenen Restrukturierungen erneut eine Phase der Konsolidierung einstellt. In Abgrenzung von Theorien der graduellen, inkrementellen Adaption geht dieser Ansatz des „punctuated equilibrium“ davon aus, dass Phasen der institutionellen Kontinuität allenfalls punktuell unterbrochen werden (True et al. 2007), sich aber ansonsten permanent wiederholen und re-konsolidieren. Angestoßen wird dieser Wandel dadurch, dass politische Systeme und ihre Institutionen auf strukturelle Veränderungen ihres Umfeldes (national wie global) reagieren und die für ihren Fortbestand erforderlichen Adaptionen vornehmen. In Abgrenzung und zugleich Weiterführung dieser Überlegungen argumentieren Vertreter des Diskursiven Institutionalismus und der sozialkonstruktivistischen Institutionentheorie, dass Institutionenordnungen auf Aushandlungsprozessen zwischen den Akteuren basieren und die Ideen und Ordnungsvorstellungen der jeweils einflussreichsten Akteursgruppe widerspiegeln. Institutioneller Wandel ist damit unabhängig von den

strukturellen Rahmenbedingungen auch dann möglich, wenn sich innerhalb einflussreicher Akteursnetzwerke neue Policy-Images als konsensfähig erweisen. Insbesondere interne Schocks und Krisen, so Sabatier und Weible, können dazu führen, dass sich bislang weniger dominante Akteure mit ihren Policy-Ideen durchsetzen (Sabatier und Weible 2007: 205). Institutioneller Wandel wird somit diesem Ansatz zufolge inspiriert und katalysiert durch den Austausch der Leitideen, wobei sich nicht alle diskutierten alternativen Ideen auch automatisch in konkreten Policy-Formulierungen niederschlagen müssen (Cox 2001; Lieberman 2002; Zittoun 2009). Gerade in Phasen von Systemadaptionen spielen Ideen dennoch eine zentrale Rolle: „[Ideas] help to construct the problems and issues that enter the policy agenda [...], shape the assumptions that impact the content of reform proposals [...], can become discursive weapons that participate in the construction of reform imperatives” (Béland 2009: 702). Vivien A. Schmidt führt in ihrem Modell des „Diskursiven Institutionalismus“ eine Unterscheidung zwischen zwei Aushandlungsebenen ein, die der Formierung und (Re-) Strukturierung des Institutionengefüges unterliegen. Zum einen erfolgt die Diskussion möglicher Policy-Images und Ordnungskonzepte auf der horizontalen Ebene innerhalb der Gruppe der Entscheidungsträger. Zum anderen aber gilt es, Reformbeschlüsse und Änderungen der Institutionenordnung auch an die Bevölkerung zu vermitteln (vertikale Kommunikation) und die veränderte Institutionenordnung in den Legitimitätsglauben der relevanten sozio-ökonomischen Akteursgruppen einzufügen (Schmidt 2008; 2010).

Mit Blick auf das chinesische Ein-Parteien-System und die Re-Personalisierung der chinesischen Politik im Zusammenhang mit der Formulierung umfassender institutioneller Reformen liegt es nahe, auf das von Goldfinch und 't Hart konzeptionell weiterentwickelte Modell des „*reformist political leadership*“ zurückzugreifen (Goldfinch und 't Hart 2003). Dieses sieht die Regierung – und nicht sozio-ökonomische Akteursgruppen – als Initiatorin und Koordinatorin zentraler Reformmaßnahmen. Im Sinne des Machterhalts und der Regimestabilisierung ist nach diesem Modell zu erwarten, dass die herrschenden Eliten präemptiv institutionelle Reformen einleiten, um ein Staatsversagen abzuwenden.

Neben der Bestimmung der zentralen Akteure institutionellen Wandels ist mit Blick auf den chinesischen Fall das Zusammenspiel beziehungsweise die temporäre Parallelexistenz von formellen und informellen Strukturen und Prozessen zu bedenken. Kellee Tsai hält in ihren Überlegungen zum Phänomen der „*adaptive informal institutions*“ mit Blick auf die chinesische politische Ökonomie fest: „Crackdowns on adaptive informal institutions in the economic realm are most likely to occur during political campaigns against corruption and at other times when there is heightened political sensitivity to local deviations from national mandates” (Tsai 2006: 126). Tsais Ergebnisse dokumentieren, dass die VR China bislang die bestehende Institutionenordnung jeweils zeitlich beschränkt um adaptive, informelle Regeln und Verfahren ergänzt hat, die nach Erreichung der jeweiligen Ziele – der

Rekonsolidierung zentralstaatlicher Autorität und Herrschaftssicherung – umgehend aufgehoben worden sind. Die 2018 formalisierten Adjustierungen des bürokratischen Staatsapparats der VR China weichen hiervon ab und passen nicht in das Standardbild der allgemeinen Forschung zu autoritären Ein-Parteien-Systemen. Eine Erweiterung der bisherigen Analyseansätze und Denkmodelle ist erforderlich, um diese scheinbar abweichenden Entwicklungen nachvollziehen und die Prognosen bezüglich der strategischen zukünftigen Positionierung der VR China unter Berücksichtigung der modifizierten institutionellen Handlungsdeterminanten entsprechend feinjustieren zu können.

Top-Down Steuerung und Re-Personalisierung des chinesischen Governance-Modells

Das „Chinesische Modell“ (hierzu Zhao 2017) ist unter Xi Jinping seit 2012/2013 größeren Restrukturierungsprozessen unterworfen worden. Revolutionäre Systemadaptionen werden, folgt man der offiziellen Politrhetorik, vermieden (Garton Ash 2015), wenn auch die vorgenommenen Kurskorrekturen alles andere als kosmetische Eingriffe sind. Mit den im März 2018 durch den Nationalen Volkskongress verabschiedeten Verfassungsänderungen ist erstmals seit dem Eintritt in die post-maoistische Reformära auch die Institutionenordnung der VR China Umstrukturierungen unterworfen worden. Der nach 1978 mühsam errungene Burgfrieden der konkurrierenden Faktionen innerhalb der Partei, der nicht zuletzt über die symbolische Entmachtung der Parteispitze und die Einführung des Prinzips der „kollektiven Führung“ erzielt worden war, weist deutliche Fissuren auf. Unter Xi Jinping ist eine Re-Zentralisierung und Re-Personalisierung durchgesetzt worden. Das 6. Plenum (2016) kürte Xi Jinping zum „core leader“,¹ womit dieser symbolisch auf eine Stufe mit Mao gehoben wurde. Im Oktober 2017 schloss der Parteitag der KPCh mit der Aufnahme der „Xi Jinping Ideen zum Sozialismus mit chinesischen Charakteristika für die neue Ära“ in das Parteistatut.² Im März 2018 schließlich hob die durch den Nationalen Volkskongress verabschiedete Verfassungsreform die Amtszeitbegrenzung für das Amt des Staatspräsidenten auf (Xinhua 2018). Somit könnte Xi Jinping formal als Präsident auf Lebenszeit regieren. Die mit Blick auf den 20. Parteitag (2022) zirkulierenden Spekulationen über einen möglichen Nachfolger und die Weitergabe der Staatsgeschäfte an die nächste Politikergeneration haben sich damit zerschlagen. Wang Qishan, ein zentraler Verbündeter Xi Jinpings bei der Durchführung der 2012 eingeleiteten Anti-Korruptionskampagne, war noch im Herbst 2017 den Prinzipien der

1 Xinhua liefert eine (chinesischsprachige) Zusammenfassung und Interpretation des 6. Plenums: http://news.xinhuanet.com/politics/2016-10/27/c_1119801528.htm.

2 Am 28. Oktober 2017 veröffentlichte die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua eine Leseanleitung zur Eröffnungsrede Xi Jinpings und skizzierte die Grundzüge der Xi Jinping-Ideen: http://news.xinhuanet.com/politics/19cpcnc/2017-10/28/c_1121871273.htm. Die englische Fassung der Rede findet sich online: http://www.xinhuanet.com/english/download/Xi_Jinping's_report_at_19th_CPC_National_Congress.pdf.

Amtszeitlimitierung auf zwei konsekutive Perioden sowie der Altersgrenze für die Übernahme politischer Ämter folgend aus den Führungsorganen der KPCh ausgeschieden. Im März 2018 jedoch kehrte er als Vize-Präsident unter Xi Jinping in die Führungszirkel zurück – wenngleich ohne formal ein Spiegelamt im Parteiapparat zu bekleiden (Lam 2018). Zugleich wurde die Anti-Korruptionkampagne, die Wang Qishan koordiniert hatte, auf ein durch die Verfassungsänderung neu eingeführtes Staatsorgan übertragen – die Nationale Aufsichtskommission, mit der nun Staatsbeamte auf allen Ebenen in den Fokus der Untersuchung rücken (Epoch Times 2018).

Diese durchaus einschneidenden Reformen wurden in den Reden Xi Jinpings als logische Fortsetzung des weiterhin un abgeschlossenen Staatsbildungsprozesses in der „Frühphase des Sozialismus“ präsentiert. Hu Jintao hatte in seiner Eröffnungsrede des 18. Parteitages (2012), auf dem die Machtübertragung an Xi Jinping erfolgt war, offen artikuliert, dass Reformen dringend erforderlich seien (Xinhua 2012). Xi Jinpings Bericht auf dem 19. Parteitag (2017) hielt erste Reformerfolge fest und zementierte im Sinne des Konzepts des „Entwicklungsstaates“ die allumfassende Führungsrolle der Partei bei der Konzeption und Koordination des chinesischen Entwicklungsweges. Dies steht in einem elementaren Spannungsverhältnis zu dem Gedanken der Trennung von Partei und Staat (*dang zheng fenkai*), der zunächst als Leitmotiv der Reformpolitik nach 1978 gedient hatte (allerdings relativ schnell in den 1980er Jahren relativiert worden war). Präsentiert wird dies von Xi Jinping in seinem Bericht auf dem 19. Parteitag als ein notwendiger Schritt in der „neuen“ Phase des chinesischen Sozialismus. In dieser, so die von Xi vorgelegte Polit-Narration, bestehe der Hauptwiderspruch nicht zwischen den konkurrierenden sozio-ökonomischen Akteursgruppen, zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sondern zwischen der „unausgewogenen Entwicklung und der Hoffnung der Bevölkerung auf ein besseres Leben“. Um diesen Widerspruch lösen zu können, der sich während der Phase der experimentellen Reformen und Dezentralisierung zugespitzt hat, wird die Koordination und Ausrichtung des chinesischen Governance-Modells zurück an die Parteiführung übertragen. Chinesische Analysten sprechen in diesem Zusammenhang von einer Verschmelzung der Säulen des Parteistaates unter Führung der KPCh (*dang zheng heyi*) (BBC News 2018).

Dabei sendeten die 2012/2013 verabschiedeten Reformbeschlüsse widersprüchliche Signale, die sich möglicherweise dadurch erklären lassen, dass auch die fünfte Führungsgeneration unter Xi Jinping bemüht ist, die konkurrierenden sozio-ökonomischen Akteursgruppen durch gruppenspezifische Zugeständnisse für ihren Reformkurs zu gewinnen. So verabschiedete das 3. Plenum des 18. Zentralkomitees 2013 einen umfassenden Reformplan, durch den die Institutionen und Regelwerke der Mao-Ära partiell substituiert werden. Marktwirtschaftliche Strukturen sollten, so die Reformbeschlüsse, ausgebaut, Chinas globale Wettbewerbsfähigkeit erhöht werden. Zugleich aber sollten Maßnahmen zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit vorangetrieben werden, was eine Zügelung und Steuerung des chinesischen

Wirtschaftsmodells voraussetzen würde (Xinhua 2013c). Mit dem 13. Fünf-Jahres-Plan und dem Erlass neuer Gesetze wurden konkrete Zwischenschritte zur Zielerreichung fixiert. Mit dem 4. Plenum wurde 2014 ergänzend eine Verrechtlichung und Formalisierung administrativer Prozesse angekündigt (Xinhua 2014a).

Diese Strukturanpassungen folgen einem *Top-Level Design* (*dingceng sheji*) und werden von der obersten Parteiführung koordiniert, um eine systematische Umsetzung der Reformen sicherzustellen. Das *Top-Level Design*, das koordinierte, synchronisierte Reformen der sozio-ökonomischen Teilsysteme vorsieht, ist dabei der technischen Steuerungsmodellbildung entlehnt. Die politischen Führungseliten greifen damit symbolisch-rhetorisch das Konzept des *Policy Engineerings* (hierzu Goldfinch und 't Hart 2003) auf und unterstreichen den Anspruch, ein ausbalanciertes Entwicklungsmodell für das gesamte System vorzulegen und einen Ausgleich zwischen den Regionen und Teilsektoren herzustellen. *Policy Engineering* impliziert, dass Mehrheiten für den eingeschlagenen Entwicklungsweg gewonnen werden müssen. Dies geschieht nicht zuletzt über die Einführung neuer Reform-, „Narrationen“, über die Reformbereiche identifiziert und die Reformmaßnahmen als Handlungsimperative präsentiert werden.

Die Notwendigkeit dieses Designs ergibt sich nach offizieller Lesart aus den veränderten Rahmenbedingungen für die Gestaltung von Reformpolitik in der VR China (Yang und Jian 2018: 102, 105): So werden wachsende Reformwiderstände, resultierend aus generellen Tendenzen zur Besitzstandswahrung und Verfolgung von Partikularinteressen in der Staatsbürokratie, erwartet. Zugleich wird dem bisherigen Modus der Reformimplementation ein Koordinations- und Effizienzdefizit attestiert: Nicht die Politikformulierung und -setzung von Zielvorgaben sind hierbei das Problem, sondern die Sicherstellung und Überwachung der Implementierung in einem komplexen, vielfach regional fragmentierten Verwaltungssystem mit lokal gefestigten Hierarchiestrukturen und Parallelorganen. Um diese Widrigkeiten zu überwinden, setzt das *Top-Level Design* auf zentralisierte Entscheidungsstrukturen und den Einsatz der regionalen oder lokalen Verwaltung als Vollzugsagenten der Zentralstelle. Die in dieser Konfiguration wirkenden Dynamiken und Mechanismen zwischen zentraler und lokaler Ebene des politisch-administrativen Systems lassen sich mit dem Modell des „pressurized system“ (Yang und Jian 2018: 100, 115) nachvollziehen. Auch in der Vergangenheit hatte chinesische Modernisierungspolitik darauf aufgebaut, Reforminitiativen auf den unteren Staats- und Parteiebenen zu stimulieren, indem auf Zentralebene induzierter Handlungsdruck kaskadenartig über verschiedene Territorialebenen hinweg weitergegeben wurde. Neben dieser vertikalen Dimension von Reformsteuerung bestehen auch Mechanismen, die in einer horizontalen Richtung wirken. In dieser Dimension erzeugen der Wettbewerb zwischen Regionalregierungen und die Beobachtung durch die Öffentlichkeit zusätzlichen Handlungsdruck auf Funktionsträger der unteren Partei- und Staatsorgane. Unter Xi Jinping ist insbesondere die Rolle der Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang

gestärkt worden, da etwa die Massenlinienkampagne zur Eliminierung unerwünschter Arbeitsstile Parteikader dazu anhält, öffentlich Selbstkritik zu üben und diese so gegenüber der Öffentlichkeit in eine exponiertere Stellung gebracht wurden (People's Daily 2013; China Daily 2014; Tiezzi 2013). Durch die Veröffentlichung von Gesetzen, Verfahrensvorschriften und Gerichtsurteilen auf Online-Portalen soll zudem die Bevölkerung gezielt über das geltende Recht informiert werden und damit eine zusätzliche Kontrolle lokaler Kader durch das Volk selbst erfolgen.

Zentraler Transmissionsriemen des *Top-Level Designs* waren die 2012/2013 eingesetzten „Kleinen Führungsgruppen“ (*lingdao xiaozu*). Bei diesen handelt es sich um Strukturen jenseits des eigentlichen Staatsapparats, deren Ursprünge auf die Mao-Ära zurückgeführt werden können – und auf die auch in der Reformära durchgehend zurückgegriffen wurde. Sie dienen der politischen Führung als Koordinationsgremien der Politikformulierung und -implementierung, insbesondere in Phasen der Restrukturierung und Systemmodernisierung (Miller 2008; Miller 2014). Obwohl sie selbst formal keine bindenden Entscheidungen treffen können, ist ihr Einfluss auf den Policyprozess nicht zu unterschätzen. Dieser macht sich darin geltend, dass Arbeitsergebnisse aus den Führungsgruppen über angegliederte Institutionen in den politischen Prozess eingespeist werden. Je nach Typus behandeln die Führungsgruppen dauerhaft ganze Politikfelder, befassen sich mit spezifischen Aufgabenstellungen oder agieren als ad hoc eingesetzte Steuerungsgremien in Krisensituationen. Xi Jinping stand zunächst neben den „Kleinen Führungsgruppen“ für die Koordination der Außenpolitik, der nationalen Sicherheit, Wirtschaft und Finanzen der „Zentralen Führungsgruppe für die umfassende Vertiefung der Reformen“ vor (Miller 2014). Ihre Machtstellung und Kompetenzzuschreibung reichte von Wirtschaft und Ökologie, Demokratie und Gerechtigkeit, Kultur, Gesellschaft, Parteaufbau bis hin zu Parteidisziplin und allgemeinen Kontrollmechanismen und überstieg somit als Querschnittsgremium deutlich das Aufgaben- und Funktionsfeld der bisherigen „Kleinen Führungsgruppen“. Neben institutionellen Anpassungen, die die Machtverteilungen zwischen Partei und Staat auf Linie der Führung halten sollen, unterstützen „weiche“ Steuerungsformen den Reformprozess, indem sie auf die Einstellungen und Wertvorstellungen der Parteikader einwirken (Yuen 2014). So wurde von 2013 bis 2014 eine Massenlinienkampagne zur Korrektur des Arbeitsstils initiiert, an die sich im Folgejahr eine Erziehungskampagne anschloss. Daneben wurden die Parteikader zum steten Studium von Verfassung und den Reden Xi Jinpings aufgerufen, um sie letztlich auf die Positionen und Theorien der Partei zu verpflichten (Yang und Jian 2018: 107).

In Hinblick auf die Reform des bürokratischen Staatsapparats wurden im Rahmen der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März 2018 Schritte zur umfassenden Restrukturierung der chinesischen Ministerien eingeleitet. Acht neue

Institutionen wurden geschaffen und Kompetenzen der alten Ministerien fusioniert (People's Daily 2018).³

Generell lassen sich die Restrukturierungen und Rezentralisierungsmaßnahmen als Elemente eines weiterhin nicht abgeschlossenen Staatsbildungsprozesses einstufen. Es erfolgt ein partieller Austausch von Teilsegmenten des bürokratischen Staatsapparats, der dem Muster „Aufbau von Parallelstrukturen – Abbau von dysfunktionalen Strukturen – Errichtung einer reformierten Institutionenordnung“ folgt. Umstrukturierungen der Ministerien und Kommissionen finden immer wieder im Zuge der Jahrestagungen des Nationalen Volkskongresses statt. Die neuen Checks-and-Balances-Strukturen sind jedoch, dies unterscheidet die Reformmaßnahmen Xi Jinpings von jenen seiner Vorgänger, nunmehr permanent in der Staatsverfassung verankert und somit formal institutionalisiert worden.

Korruption(sbekämpfung) im Steuerungszusammenhang

Die Umsetzung der Reformbeschlüsse setzt die Mitwirkung der lokalen Verwaltungseinheiten voraus. In diesem Sinne ist die Rezentralisierung politischer Macht mit dem *Top-Level Design* als notwendiges Instrument zu sehen, um Systemauswüchsen entgegenzutreten und die Weiterführung des neoliberalen Wirtschaftskurses auf allen Ebenen durchzusetzen. Xi Jinpings „präsidentieller“ Führungsstil (Economy 2014) steht damit im Dienst des Parteistaates, zielt auf die Sicherung des Fortbestands des Ein-Parteien-Regimes ab. Hauptfeind des chinesischen Modernisierungsweges, folgt man den Ausführungen der post-maoistischen Staats- und Parteiführer, ist und bleibt aber die Korruption. Jiang Zemin, Hu Jintao und auch Xi Jinping haben immer wieder betont, dass die erfolgreiche Bekämpfung der Korruption eine Frage von „Leben und Tod“ des chinesischen Partei-Staates (*wang dang, wang guo*) darstelle (Lam 2015: 105; Qiushi 2015). An diese Narration, der zufolge eine erfolgreiche Implementierung der Reformmaßnahmen einen funktionierenden bürokratischen Staatsapparat voraussetzt, womit die Bekämpfung der Korruption zu einer notwendigen Maßnahme zur Effizienz- und Legitimitätssteigerung – und nicht zur Durchsetzung einer von der politischen Realität entkoppelten Ideologie – stilisiert wird, knüpft die von Xi Jinping 2012 initiierte Anti-Korruptionskampagne an.

Die Umsteuerung des chinesischen Wirtschaftsmodells in der frühen post-maoistischen Ära war experimentell erfolgt. Durch die Auslagerung zentralstaatlicher Aufgaben und Zuständigkeiten an die lokalen Verwaltungsebenen hatten sich dabei „de facto föderalistische“ Verwaltungsstrukturen (Zheng 2007) herausgebildet. Dies begünstigt(e) das Aufkommen von Vetternwirtschaft und Tauschgeschäften. Lokale Parteikader begannen, ihre eigenen Imperien jenseits des Zentralstaates aufzubauen. Die unter Xi Jinping angestoßene Rezentralisierung, die Koordination und Kontrolle der Provinzen und lokaler Kader durch die Zentrale, ist

3 Der Beschluss des Zentralkomitees ist online abrufbar: Gov.cn (2018).

nicht zuletzt als Reaktion auf die immer stärker werdenden zentrifugalen Tendenzen insbesondere der wirtschaftlich starken Provinzen zu sehen.

Während Bestechung, Betrug, Veruntreuung, Erpressung und Schmuggel als Formen der „schwarzen Korruption“ auf weitgehende Ablehnung stoßen und geahndet werden, wird „weiße Korruption“, worunter informelle Prozesse fallen, die der Zielerreichung dienen und aufgrund des Fehlens konkreter Handlungsanweisungen oftmals erforderlich erscheinen, in der VR China sowohl von den gesellschaftlichen Eliten als auch von weiten Teilen der Zivilgesellschaft stillschweigend akzeptiert (He 2000: 244). Als Systemdefekt unterminiert extensive Korruption – „schwarze“ wie „weiße“ – jedoch die Steuerungsfähigkeit und Output-Legitimität eines Staates, auch wenn sie im Glauben geschieht, die Marktaktivitäten zu fördern, oder auf vermeintlich „kulturellen“ Traditionen basiert (Rose-Ackermann 2010). Die breite Auslegung des Korruptionsbegriffs dient der Führung dabei nicht nur zur Legitimierung von Strukturveränderungen und der Disziplinierung von Regierungskritikern, sondern fördert gleichzeitig mögliche Selbstdisziplinierungstendenzen der lokalen und regionalen Akteure, auch wenn dadurch die Gefahr einer Lähmung des Bürokratieapparates besteht.

Bereits in den 1990er Jahren hatten chinesische Politikwissenschaftler Korruption als Ergebnis einer unkontrollierten Ausbreitung eines Kapitalismus mit Manchester-Zügen identifiziert (Hao 1999). Wenn aber Korruption als Gefahr für den Fortbestand des chinesischen Ein-Parteien-Systems eingestuft wird, so folgt hieraus als Lehre für die chinesische Führungselite, dass der Kapitalismus koordiniert und gezügelt werden muss. Xi Jinpings Kampagne nimmt dies auf und präsentiert die laufenden Strukturanpassungen als Eingriffe zur Zählung und Korrektur des chinesischen Kapitalismusmodells in der „neuen“ Phase des chinesischen Sozialismus.

Die chinesische Korruptionsbekämpfung war bis 2018 institutionell in einer Doppelstruktur organisiert, in die die Disziplinarkommissionen der KPCh und die für Korruptionsbekämpfung zuständigen Einheiten der Obersten Staatsanwaltschaft eingebettet waren. Obgleich das Zusammenwirken beider Organe punktuell synergetische Effekte erzeugte, entstanden zugleich erhebliche Reibungsverluste bei der effektiven Eindämmung von Korruption, da etwa die Festsetzung und Befragung der Angeklagten nicht nach transparenten Kriterien und Rechtsvorgaben erfolgte. 90% der Verfahren wurden schließlich an die staatlichen Gerichte übertragen, die wiederum aufgrund der fehlenden Dokumentation der parteiinternen Investigationen das Verfahren von Grund auf neu durchführen mussten, was als Verschwendung von Ressourcen wahrgenommen wurde (Fabre 2017: 10-11; Li und Wang 2019). Faktisch übten die Parteikommissionen auch in Fällen von Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft die Kontrolle über angestrengte Verfahren aus, was dazu führte, dass in der Fallbearbeitung den Parteistatuten in der Regel Vorrang gegenüber Staatsrecht eingeräumt wurde. Zudem hatte die Verquickung von lokalen

Parteikadern und lokalen Untersuchungskommissionen oftmals dazu geführt, dass keine unabhängigen Verfahren möglich gewesen waren.

Mit der Zusammenlegung der Disziplinarcommissionen und der relevanten Einheiten der Obersten Staatsanwaltschaft in einer Nationalen Aufsichtskommission sollen Nepotismus und politischer Opportunismus lokaler Überwachungskommissionen ausgeschlossen werden. Dazu wurden insbesondere Kontroll- und Aufsichtsbefugnisse auf hierarchisch übergeordnete Organisationsebenen verlagert, um lokale Seilschaften zu zerschlagen (Deng 2018: 60; Li und Wang 2019: 984). Innerhalb der Aufsichtskommission wurde das Gewicht der Akteure aus dem vormaligen System der Disziplinarcommissionen gestärkt, indem diese bereits an der Formulierung des zentralen Gesetzwertes zur Einrichtung der Aufsichtskommission beteiligt waren. Ferner wurden die Führungspositionen innerhalb der Aufsichtskommissionen mit Akteuren besetzt, die zuvor die Arbeit der parteilichen Disziplinarcommissionen geleitet hatten (Li und Wang 2019: 980, 983). Die KPCh erhält damit auch in der neuen Institutionenordnung verbesserte Durchgriffsmöglichkeiten gegenüber staatlichen Stellen.

Formal wurde die Nationale Aufsichtskommission in der Verfassung nicht als Ministerium eingerichtet, sondern dem Staatsrat gleichgestellt und mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet, die eigenständige Ermittlung, Festnahme und Vernehmung in Verdachtsfällen ohne Anklageerhebung erlauben. Dabei werden sowohl klassische Korruptionsvergehen als Tatbestände adressiert als auch der Umfang der Überwachung von Abweichlern vergrößert. Zudem ergeben sich Möglichkeiten der Präventivbekämpfung von aufkeimender Korruption im Vergleich zur nachträglichen Bestrafung schwerwiegender Fälle. Vorangegangen waren lokale Testläufe mit entsprechenden Kontrollkommissionen in Beijing, Shanxi und Zhejiang (Deng 2018: 59; Xinhua 2017). Durch die operative Fokusverschiebung zur Prävention von Korruption weist das Reformdesign zudem den Weg aus dem Modus Operandi akuter Krisenbekämpfung hinaus (Li und Wang 2019: 981).⁴

Mit der Institutionalisierung von Verfahrensstandards innerhalb der Aufsichtskommission korrespondiert eine Reform der chinesischen Justiz, die mit den Beschlüssen des 4. Plenums des 18. Zentralkomitees bekräftigt wurde (Xinhua 2014a). Nicht der Aufbau eines unabhängigen, nur der Verfassung verpflichteten Rechtsapparates ist Ziel dieser Maßnahmen, sondern vielmehr die Etablierung einer rechtsgestützten Herrschaft unter Führung der Partei.⁵ Nach anfänglich positiven Reaktionen überwiegt unter China-Analysten und Rechtswissenschaftlern allerdings der Skeptizismus. Die Herrschaft der Partei, deren allumfassender

4 Dies unterstützt die Lesart Fu Hualings zur Organisation der Anti-Korruptionskampagne als Reaktion auf eine akute, durch grassierende Korruption verursachte politische Krise (Fu 2016).

5 In der chinesischen Politsprache wird daher der Begriff der „rechtsgestützten Herrschaft“ (*yifa zhi guo*) verwendet, aber eben nicht der Begriff „Rechtsstaat“.

Führungsanspruch mit den Verfassungsänderungen seit März 2018 in Artikel 1 der Staatsverfassung verankert ist, steht weiterhin über dem Recht (Buckley 2017).

Wirtschaftspolitische Steuerung unter den Vorzeichen der „Neuen Normalität“

In der post-maoistischen Reformära der 1980er Jahre war die VR China in der „Frühphase des Sozialismus“ verortet worden, wodurch die Integration marktwirtschaftlicher Elemente als Übergangsstufe symbolisch-rhetorisch legitimiert wurde (Misra 1998:103–114). Für die von Xi Jinping auf dem Parteitag proklamierte „neue Ära“ des Sozialismus ist das chinesische Wirtschaftsmodell nun erneut einer Rekonfiguration unterzogen worden.

Bereits 2014 erklärte Xi Jinping den Eintritt der VR China in die Phase der „Neuen Normalität“. Diese Formel unterstreicht exemplarisch den Anspruch der chinesischen Führung, eine aktive Wirtschaftssteuerung vorzunehmen und in jeder Krise Herr der Lage zu sein. So wird die Abkühlung des chinesischen Wirtschaftsbooms auf 6–7% jährliches Wachstum als gezielte Umsteuerung in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung ausgewiesen und nicht als unabwendbare Auswirkung der globalen Banken- und Finanzkrise. Normalität, nicht Krisenmodus, lautet damit die Zauberformel des neuen chinesischen Governance-Modells. Drei Aspekte werden der Phase der „Neuen Normalität“ zugeschrieben: An die Stelle eines Turbo-Wachstums mit desaströsen sozio-ökologischen Folgen tritt eine langfristig nachhaltige Entwicklung; der chinesische Binnenmarkt soll gestärkt und die Abhängigkeit von externen Absatzmärkten reduziert werden; statt auf Imitation soll die chinesische Wirtschaft auf die Entwicklung innovativer Technologien ausgerichtet werden (vgl. Hu 2017).

Während im Bereich der Steuerung und Koordinierung eine Rückbesinnung auf autoritäre Machtinstrumente erfolgt ist, hatte sich die fünfte Führungsgeneration mit den 2013 verabschiedeten Beschlüssen des 3. Plenums des 18. Zentralkomitees formal zu umfassenden neoliberalen Reformen verpflichtet, die dem Markt eine Schlüsselrolle bei der Ressourcenallokation zugestehen (Xinhua 2013a, 2013b, 2013c). Monopole und Kartellbildungen der staatseigenen Betriebe sollten zerschlagen, der freie Wettbewerb gestärkt werden (Naughton 2014). Auch der Bereich Handel und Finanzen folgte diesem Liberalisierungskurs – 2013 wurde in Shanghai eine Freihandelszone begründet.⁶ Neben diesen Liberalisierungstendenzen aber besteht in einigen finanztechnischen Bereichen weiterhin ein staatlicher Kontroll- und Steuerungsanspruch. In Krisenzeiten können notfalls bis dato liberal, dezentral geführte Bereiche rezentralisiert werden. Empirische Untersuchungen zeichnen zudem in Bezug auf die Reformimplementation ein gemischtes Bild von punktuellm Fortschritt, Stillstand und Rückfällen: Im Zuge der

6 Für eine Übersicht laufender und geplanter Projekte sowie die Entwicklungsziele des Politprojekts in Shanghai siehe das offizielle Webportal: <http://en.shftz.gov.cn>.

Umsteuerung des chinesischen Wirtschaftsmodells und von Veränderungen im weltwirtschaftlichen Umfeld sind insbesondere Reformvorhaben, die eine Stärkung marktwirtschaftlicher Mechanismen vorsahen, weitgehend zum Erliegen gekommen (China Dashboard 2019).

Chinas Neue Linke hatte sich unmittelbar in Opposition zum angekündigten neoliberalen Wirtschaftskurs begeben und fordert generell Maßnahmen zur Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit und den zentral gesteuerten Auf- und Ausbau des chinesischen Sozialstaates (Li 2015: 118–119). Partiiell kommen die Reformbeschlüsse des 3. Plenums (2013) diesem Gesuch nach, indem mit diesen auch festgeschrieben wird, dass ein Teil der von den staatseigenen Betrieben erwirtschafteten Überschüsse abgeführt und in den Aufbau sozialer Sicherungsnetze investiert werden soll (Xinhua 2013a, 2013c).

Generell kommt den Staatsunternehmen, trotz rhetorischer Bekenntnisse Xi Jinpings zur Stärkung des Privatsektors, in der Reformpolitik eine zentrale Rolle zu. Obwohl die staatseigenen Betriebe etwa in der Industrieproduktion insgesamt Anteile an die Privatwirtschaft abgeben, beherrschen sie weiterhin das Feld in strategischen Kernsektoren und fungieren als zentrale Lenkungsstellen für den Kapitalfluss zwischen verschiedenen Sektoren im Wirtschaftssystem sowie bei Investitionsprojekten in unterentwickelten Regionen des Landes (Lardy 2018: 335; Rosen et al. 2018: 13). Der Umgang mit den Staatsunternehmen ist unter der Ägide von Xi dabei von Bestrebungen geprägt, die Stellung der Betriebe zu stärken und sie zugleich einer strikteren Kontrolle durch die Partei zu unterwerfen. Hierbei findet ein Instrumentarium Anwendung, das Parallelen zu den zuvor herausgearbeiteten Rekonfigurationsprozessen in der Steuerungsbeziehung von Partei und Staat aufweist. So wurden unter Führung der „Zentralen Führungsgruppe für die umfassende Vertiefung der Reformen“ Dokumente und Maßnahmen erarbeitet, mit denen der Einfluss der Partei in den Unternehmen institutionalisiert wurde. Die Unternehmenssatzungen wurden derart reformiert, dass sie nun eine Verpflichtung zur Parteiarbeit enthalten. Daneben wurden Bestimmungen der Parteiverfassung nachgeschärft, die für die Parteikomitees in den Unternehmen nun eine stärkere Führungsrolle vorsehen. In den Entscheidungsstrukturen der Staatsunternehmen schlägt sich diese Aufwertung darin nieder, dass die Parteikomitees gemäß den Unternehmenssatzungen den betriebseigenen Entscheidungsgremien vorgelagert sind, da Entscheidungen von strategischer Reichweite dort zunächst diskutiert und dann weitergegeben werden sollen. Zudem soll der Vorstandsvorsitzende in Personalunion als Parteisekretär des jeweiligen Unternehmens fungieren. Im Ergebnis hat sich damit erneut eine formalisierte Verankerung der KPCh in den Unternehmensstrukturen vollzogen (Rosen et al. 2018: 23–24; Naughton 2018: 375, 383). Analog berichten Privat- und Auslandsunternehmen von wachsendem politischem Druck, Parteizellen in ihre Organisation zu integrieren und dort, wo derartige Zellen bereits bestehen, den wachsenden Einfluss dieser Parteigremien zu akzeptieren (Tai 2018).

Externe und interne Krisen sind die zentralen Antriebskräfte der institutionellen Reformen und der Umsteuerung des Wirtschaftsmodells. Beispielsweise hatte die VR China auf das Kriseln und Taumeln der euro-atlantischen Wirtschafts- und Finanzsysteme und die damit korrelierende Schwächung der Absatzmärkte 2007/2008 mit Maßnahmen zum Ausbau des Binnenkonsums und einem nationalen Konjunkturförderprogramm reagiert. Die Binnennachfrage kann jedoch nur langfristig gesteigert werden, wenn die Bevölkerung nicht gezwungen ist, im Schleier der Unwissenheit gefangen Geld für etwaige Notzeiten anzusparen. So erklärt sich der Einsatz für den Ausbau der sozialen Sicherungsnetze als Maßnahme zur Stabilisierung der chinesischen Wirtschaft und, langfristig betrachtet, zur Sicherung der Output-Legitimität des Ein-Parteien-Systems. Zugleich aber reagiert die Partei- und Staatsführung auf sich zuspitzende Konflikte, die aus der Stratifizierung der Gesellschaft und den extremen Entwicklungsdisparitäten resultieren. Institutioneller Wandel erfolgt als präemptive Systemkorrektur, mit dem Ziel, die Funktionsfähigkeit des Systems zu erhalten und seine Legitimität durch die Inkorporation und Kooptation systemrelevanter Akteursgruppen abzusichern.

Reformsteuerung durch Formalisierung, Institutionalisierung, Verrechtlichung: Das Beispiel der Urbanisierungspolitik

Mit dem 3. Plenum des 18. Zentralkomitees wurden im November 2013 umfassende Reformen in 15 Policy-Feldern beschlossen. Mit diesen werden Institutionen und Regelwerke der Mao-Ära wie die Ein-Kind-Politik oder das Haushaltsregistrierungssystem (*hukou*) restrukturiert respektive deaktiviert. Derartige Maßnahmen nehmen ihren Ausgangspunkt darin, dass Hochrechnungen eine extreme Überalterung der chinesischen Gesellschaft und das Fehlen von (billigen) Arbeitskräften prognostizieren. Vor diesem Hintergrund wurden ergänzende Strategien zur Rekrutierung von Arbeitskräften für den urbanen Raum erarbeitet. Der 2014 vorgelegte Urbanisierungsplan⁷ legalisiert durch die Hintertür die chinesische Land-Stadt-Migration, zumindest mit Blick auf entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte. Der demografische Wandel⁸ – mit dem China seinen Wirtschaftsvorteil, das Überangebot an billigen Arbeitskräften, verliert und der China zugleich mit dem Problem der alternden Gesellschaft, für deren Pflege und Betreuung es an Personal und qualifizierten Strukturen mangelt, konfrontiert – katalysiert damit eine grundlegende Restrukturierung des chinesischen (Wirtschafts-) Systems.

Mit einem Urbanisierungsplan, der eine „Urbanisierung neuen Typs“ ankündigt, die „den Menschen in den Mittelpunkt stellt“, soll die Urbanisierungsrate erhöht werden: Insgesamt 100 Millionen Menschen aus ländlichen Gebieten sollen von

7 Für eine Analyse und Diskussion siehe Taylor (2015).

8 Ob der demografische Wandel automatisch eine Krise des chinesischen Wirtschaftsmodells nach sich ziehen wird oder nicht doch auch unter veränderten Rahmenbedingungen eine Stabilisierung möglich wäre, erörtern Eggleston et al. (2013).

2014 bis 2020 in urbane Zentren ziehen.⁹ Bereits Ende 2019 stieg die Urbanisierungsrate in China auf über 60%. Erst kürzlich kündigte China an, Reformanstrengungen zu intensivieren, um die selbstgesteckten Ziele noch in diesem Jahr zu erreichen (Xinhua 2020). Hierzu sollen Millionen von Wanderarbeitern, die sich seit vielen Jahren ohne offizielle Aufenthaltsberechtigung in den chinesischen Megacities verdingen, legalisiert werden. Zudem sollen neue Städte aufgebaut und lokale Ansammlungen von formal voneinander unabhängigen Ortschaften zu urbanen Räumen verdichtet werden. Modernisierung wird so mit einer gesteuerten Urbanisierung gleichgesetzt, die anstelle einer Unterbindung der Binnenmigration auf ein Anreizsystem setzt, über das die Ansiedlung jenseits der Megacities befördert werden soll. Teil dieser Strategie ist die Bildung moderner Metropolregionen in und um die wirtschaftlichen Schlüsselregionen des Landes. So soll beispielsweise über den Ausbau moderner Infrastruktur-, Transport- und Kommunikationsnetzwerke zwischen Peking, der Hafenstadt Tianjin und den angrenzenden Teilen der Provinz Hebei ein neues Metropol-Cluster entstehen; ähnliche wirtschaftsstarke Zusammenschlüsse sind im Yangzi-Delta und in der Perflussregion geplant.

Gerade am Beispiel der Urbanisierung zeigt sich, wie die fünfte Führungsgeneration aus den Fehlschlägen und partiell gescheiterten Reforminitiativen der vorangegangenen Führungsgeneration gelernt hat. Die ersten Eco-City-Initiativen hatten nicht selten als dysfunktionale Geisterstädte geendet und waren in Zeiten niedriger Zinsen als Spekulations- und Sparanlageobjekte entdeckt worden (Caprotti 2014; Rapoport 2014). Retrospektiv betrachtet ist dies wenig überraschend – waren diese Städte doch oft in eher entlegeneren Regionen und ohne Anschluss zu den Wirtschaftszentren konzipiert worden. Die neuen Stadtgründungen sind als grüne, nachhaltige Städte im direkten Umkreis zentraler Wirtschaftsstandorte konzipiert und versprechen höhere Lebensqualität – so beispielsweise das Stadtprojekt Xiong'an (China Daily 2017) in der Provinz Hebei, das über einen Hochgeschwindigkeitszug mit der nahe gelegenen Hauptstadt Peking verbunden werden soll.

Reformwiderstände und -legitimation

Die zuvor dargelegten Reformprozesse in verschiedenen Teilsystemen von Staat und Partei haben Widerstand hervorgerufen und dadurch neuen Legitimationsbedarf erzeugt. Die lokale Ebene ist hiervon besonders schwer betroffen. So hat der von der zentralen Führung induzierte Reformdruck lokale Verwaltungen von verschiedenen Seiten derart unter Stress gesetzt, dass diese in einen Zustand der Lähmung und Untätigkeit verfallen sind (Yang und Jian 2018: 116). Die Formalisierung und Verrechtlichung der Reformpolitik unter Xi Jinping generiert damit unverhofft neue Probleme. Auf lokaler Ebene schrecken viele Lokalregierungen aus Angst, der

⁹ Zur Entwicklung und Zielsetzung der chinesischen Urbanisierungspläne: Chan (2014; 2016).

Korruption beschuldigt zu werden, nun vor experimentellen Regelungen zurück, die zuvor eine den lokalen Bedingungen entsprechende Politikgestaltung ermöglicht hatten (Chen 2017). Während vormals regionale Reformexperimente bei der konkreten Umsetzung von zentralstaatlichen Zielvorgaben in einen Wettbewerb um das beste Modell (*best practice*) mündeten und damit ein Nährboden für politische Innovationen gegeben war,¹⁰ ist nun das Bemühen um Kongruenz mit den gesetzlichen Vorgaben vorherrschend. Werden die Beschlüsse und Zielvorgaben der Zentralregierung als zu vage eingestuft, verharren die lokalen Verwaltungseinheiten seitdem in passiver Warteposition. In Reaktion auf diese Missstände signalisiert die Zentralregierung zunehmend offensiv ihre Zustimmung zu experimentellen Anpassungen und geißelt Tatenlosigkeit. Xi warnt explizit davor, die Anti-Korruptionskampagne als Vorwand zu nehmen, um sich Verantwortung und Pflichten zu entziehen (Xinhua 2019a). Stattdessen werden individuelle Kader stärker in die Pflicht zum Anstoßen von Reformen genommen, Reformverfahren im Modus von *trial and error* ausdrücklich gebilligt und die Verankerung von Spielräumen für lokale Initiativen in den Reformplänen der Zentralbehörden angekündigt (Yang und Jian 2018: 117–118).

Die gegenwärtige Reformpolitik der chinesischen Staats- und Parteiführung ist auch durch ein Bemühen um Responsivität gegenüber dem sich in der Gesellschaft formierenden Unmut gekennzeichnet. So eröffnete Ministerpräsident Li Keqiang auf der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses im März 2014 den „Krieg gegen (Umwelt-) Verschmutzung“ (Xinhua 2014b). Damit reagiert die Xi-Li-Regierung auf die eklatante Luftverschmutzung, Smog und Feinstaub in den urbanen Industrie- und Ballungszentren, die als Ursache von Millionen frühzeitiger Todesfälle gelten (und damit nicht zuletzt den demografischen Wandel zusätzlich negativ beeinflussen).

Wenngleich die 2013 angekündigten Reformen der Re-Stabilisierung und damit der Machtkonsolidierung dienen,¹¹ birgt doch jede staatliche Regulierung und korrigierende Intervention die Gefahr, dass sich die hiervon betroffenen Akteursgruppen auch in Opposition zum System in Stellung bringen könnten. Informelle Institutionen zeigen dabei pfadabhängig eine gewisse Resistenz gegenüber Reformmaßnahmen und können sich daher destruktiv auf die Ziele der Reformer auswirken. Es gilt folglich, bei der Initiierung und Implementierung von Reformkonzepten sowohl die Notwendigkeit einer Kurskorrektur zu vermitteln als auch Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der neuen Strukturen zu generieren. Dies geschieht über eine Anpassung der Teilbausteine der Legitimierungsstrategie des Systems auf der operational-funktionalen wie auch auf der rhetorischen Ebene. Hierbei greift das System verstärkt auf Elemente der symbolischen Legitimierung

10 Zu lokalen Policy-Experimenten und innovativen Lösungsmodellen vgl. Heilmann (2008); Fewsmith (2013); Teets und Hurst (2014).

11 Quades Untersuchung zufolge korrelierte die Einstellung der früheren Anti-Korruptionskampagnen jeweils zeitlich mit der (Re-)Stabilisierung der chinesischen Wirtschaft und dem Rückgang der Inflation (Quade 2007).

zurück – so mit der Beschwörung einer „neuen Ära“ des chinesischen Sozialismus auf dem 19. Parteitag (Oktober 2017). Gleichzeitig wird durch gezieltes Agenda-Setting und rhetorische Verknüpfungen die Legitimationsbasis für umstrittene Reformen geschaffen. So hat Xi Jinping insbesondere während seiner ersten Amtszeit (2012–2017) ein Narrativ zu den ideologischen Systemschwächen und Effizienzdilemmata der ehemaligen Sowjetunion eingeführt (vgl. Lam 2015: 76; Fewsmith 2016: 107–108). Parallel werden die Reformmaßnahmen durch eine stärkere Überwachung systemkritischer Stimmen und abweichender Parteikader, Zensur sowie die bewusste Steuerung des öffentlichen Diskurses begleitet (Economy 2018; Shirk 2018).

Auf chinesischen Expertenworkshops wurden die Ursachen des Zusammenbruchs des sowjetischen Sozialismus identifiziert – die Reformen von 2013 werden als Lehren aus dieser Analyse ausgewiesen. Der Abfluss von Geldern und die Systemflucht von Kadern wird in der offiziellen Retrospektive als Beginn der Erosion sozialistischer Systeme sowjetischen Typs eingestuft. Mit dieser Krisennarration und Analogiebildung wird Akzeptanz für die internationale Ausweitung der Anti-Korruptionskampagne in Form einer weltweiten Suche nach flüchtigen chinesischen „Wirtschaftskriminellen“ generiert: chinesische Statistiken dokumentieren eine exponentiell zunehmende Emigration von Staatsbürgern (zumeist Parteikadern). Für den Zeitraum 2007 bis 2012 taxierten offizielle Berichte die Zahlen von Wirtschaftsflüchtlingen auf jährlich 1000 Beamte. Für 2013 lagen die Schätzungen zum Vermögen chinesischer Staatsbürger im Ausland nach Presseberichten zwischen 450 und 660 Milliarden US\$ (Voigt 2012; Frank 2013; Xinhua 2015).

Die Rezentralisierung politischer Macht wird von den chinesischen Führungseliten als notwendiger Schritt gesehen, Systemauswüchsen entgegenzutreten und die Output-Legitimität der chinesischen Zentralregierung zu sichern. Gegen Amtsmissbrauch und Machtwillkür formieren sich Widerstandsbewegungen in der Bevölkerung, die sich zu Protesten gegen das System als solches entwickeln könnten – und denen die obersten Führungseliten folglich im Sinne des Machterhalts entgegentreten müssen, notfalls auch gegen Widerstand anderer Elite-Gruppen. So setzt die oberste Partei- und Staatsführung bei der Legitimierung ihrer Restrukturierungs- und Säuberungskampagnen auf die Unterstützung der „Massen“ (Wedeman 2005: 97). Um diese für ihren Reformkurs zu gewinnen, bettet sie auch diese Kampagnen in ein offizielles Reformnarrativ ein. Die chinesischen Anti-Korruptionskampagnen wurden und werden über die Staatsmedien dokumentiert (Manion 2004) – so auch 2015/2016 über die Dokumentationsreihe „Always on the Road“ (*Yongyuan zai lu shang*) und die Polit-Serie „Im Namen des Volkes“ (*Renmin de mingyi*), mit der die Anti-Korruptionskampagne als erfolgreiches Element der Stärkung des Rechts und der rechtsgestützten Herrschaft präsentiert wird (Ryan 2016). Die Partei, so die Schlüsselbotschaft, erneuert sich selbst, es besteht damit kein Grund für einen revolutionären Umsturz des Systems durch die Bevölkerung.

Nachdem mit dem 3. Plenum 2013 eine Kurskorrektur des Wachstumsmodells in Aussicht gestellt und mit der Ankündigung der Stärkung rechtsgestützter Strukturen durch das 4. Plenum 2014 auch implizit die Forderung nach mehr Transparenz und Responsivität des Systems aufgenommen worden war, erfolgte in der zweiten Amtszeit Xis eine institutionelle Konkretisierung dieser abstrakten Zielvorgaben. Das 4. Plenum des 19. Zentralkomitees bekräftigte in seiner Abschlusserklärung (31. Oktober 2019) die weitere Modernisierung des chinesischen Governance-Systems sowie seiner Governance-Kapazitäten – bei gleichzeitiger Wahrung des „Sozialismus mit chinesischen Charakteristika“ (Xinhua 2019b). Die hier gewählte Terminologie verdeutlicht exemplarisch, dass die Formalisierung ursprünglich adaptiver, informeller Institutionen der Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der administrativen Systemstrukturen dient. Durch die Verankerung neuer Checks and Balances wird vertikal kommuniziert, dass die oberste Spitze des Partei-Staates ein Lösungsmodell gefunden hat, das auf die Spannungen und Konflikte zwischen Bevölkerung und lokalen Staats- und Parteiorganen reagiert. Dieses Lösungsmodell wurde von den Eliten neopatrimonial konfiguriert und top-down gesetzt. Mit seiner Formalisierung und Institutionalisierung wird das Ergebnis der internen horizontalen Aushandlungsprozesse zementiert, der institutionelle Reformprozess ist damit abgeschlossen. Den auf die Zukunft gerichteten Versprechen der Parteiführung, die erst bei Erreichen der finalen Stufe des chinesischen Sozialismus eingelöst werden könnten, sind kurzfristige, sichtbare Reformprojekte an die Seite gestellt worden. Das Ein-Parteien-System kommuniziert seine Reformbereitschaft und wirkt aktiv dem Erstarken von Gegeneliten in Wirtschaft und Gesellschaft entgegen.

Conclusio

Lange Zeit war die politikwissenschaftliche China-Analyse dem Ansatz des Historischen Institutionalismus folgend davon ausgegangen, dass die VR China an ihren ererbten Institutionen (der Mao-Ära) festhalten würde und generelle Kurswechsel ausgeschlossen wären. Institutionelle Reformen wurden als minimale Adjustierungen eingestuft, die mit dem Ansatz der „lernfähigen Autokratie“ und der „pragmatischen Resilienz“ kompatibel schienen. Die unter Xi Jinping 2012/13–2019 durchgesetzten Reformen gehen jedoch über dieses Muster hinaus, nehmen erstmals formalisierte und verrechtlichte Erweiterungen und Restrukturierungen der 1949 errichteten Institutionenordnung vor.

Die (auf Deng Xiaoping zurückgehende) Idee einer Trennung von Staat und Parteiapparat ist mit der Verankerung der Führungsrolle der KPCh in der Verfassung final ad acta gelegt worden. Die Gesamtbilanz zeigt, dass die eingeleiteten Verrechtlichungsprozesse die Kontrolle der Partei über Staat und Gesellschaft stärken und nicht automatisch zum Aufbau einer auf allen Ebenen unabhängigen Justiz führen (müssen). Dennoch stehen die 2018 vorgenommenen institutionellen Adjustierungen nicht für eine Rückkehr in die Mao-Ära, sondern verdeutlichen, dass der Staatsbildungsprozess der VR China weiterhin nicht abgeschlossen ist. Der

Umbau erfolgt nicht nach dem Vorbild westlich-liberaler Systeme, sondern greift indirekt Elemente der vormodernen chinesischen Staats- und Institutionentheorie auf und integriert diese in das leninistische Partei-Staat-Konglomerat.

Zu erwarten wäre, dass derartige Systemumstrukturierungen als Abkehr von den bisherigen Grundprinzipien eingestuft werden und damit Widerstand auf den Plan rufen oder aber eine allgemeine Debatte über alternative chinesische Staatskonzeptionen eröffnen könnten. Durch die Umgehung der etablierten Strukturen via Sonderstrukturen – die Führungsgruppen – und ihre Überführung in die Staatsstrukturen nach Ausschaltung der parteiinternen Opposition sowie durch die Platzierung gezielter Reform-Narrative hat die Parteispitze diesen Kurswechsel geschickt orchestriert. Die offiziellen Kontinuitäts-Narrative scheinen somit nur auf den ersten Blick im Einklang mit den Grundannahmen des Historischen Institutionalismus zu stehen. Eine Analyse der offiziellen Reden Xi Jinpings und Reformdokumente der Partei verdeutlicht, dass die politische Führung mit einer „konstruierten, imaginierten Pfadabhängigkeit“ operiert. Die Grundformeln des Systems – wie der „Sozialismus mit chinesischen Charakteristika“ – bleiben konstant. Doch die Schritte zur Zielerreichung, so die top-down kommunizierte Botschaft, müssen den identifizierten „neuen“ Entwicklungsphasen und „neuen“ Hauptwidersprüchen angepasst werden. Modellbildungen des Diskursiven Institutionalismus und der allgemeinen Steuerungstheorie legen nahe, die seit 2012/13 vorgenommenen Reformmaßnahmen als eine neue Granulationsstufe innerhalb der Hybridregime einzuordnen und nicht als Rückkehr zu maoistischen Herrschafts- und Systemstrukturen zu verbuchen. Die politische Führung ist sich der Gefahr bewusst, die mit der Einleitung von Korrekturmaßnahmen – wie der Anti-Korruptionskampagne – und ihrer Einstellung einhergeht. Die 2012 unter Xi eingeleitete Kampagne ist nicht aufgehoben, sondern in neue Strukturen überführt worden, die einerseits die seitdem erzielten Änderungen irreversibel verankern und andererseits das System zugleich weiterhin auf Reformkurs halten (sollen).

Literatur

- BBC News (2018): „Xuezhe cheng Zhongguo jigou gaige huigui ‚dang zheng he yi‘, guowuyuan quanli bei xue“ (Wissenschaftler sehen in den institutionellen Reformen in China eine Rückkehr zum Prinzip der Einheit von Partei und Staat, die Macht des Staatsrats wird reduziert), in: *BBC News*, 21. März, <https://www.bbc.com/zhongwen/simp/chinese-news-43484361> (Aufruf: 23.2.2019)
- Béland, Daniel (2009): „Ideas, Institutions, and Policy Change“, in: *Journal of European Public Policy*, 16, 5: 701–718
- Buckley, Chris (2017): „In China, Fears That New Anticorruption Agency Will Be Above the Law“, in: *The New York Times*, 29. November, <https://www.nytimes.com/2017/11/29/world/asia/china-xi-jinping-anticorruption.html> (Aufruf: 24.2.2019)
- Caprotti, Federico (2014): „Critical Research on Eco-Cities? A Walk Through the Sino-Singapore Tianjin Eco-City, China“, in: *Cities*, 36: 10–17
- Chan, Kam Wing (2014): „China’s Urbanization 2020: A New Blueprint and Direction“, in: *Eurasian Geography and Economics*, 55, 1: 1–9
- (2016): „Fundamentals of China’s Urbanization and Policy“, in: *The China Review*, 10, 1: 63–94

- Chen, Xuelian (2017): „A U-Turn or Just Pendulum Swing? Tides of Bottom-Up and Top-Down Reforms in Contemporary China“, in: *Journal of Chinese Political Science*, 22, 4: 651–673
- China Daily (2014): „CPC rolls out ‘mass line’ rules“, in: *China Daily*, 23. Januar, http://www.chinadaily.com.cn/china/2014-01/23/content_17254866.htm (Aufruf: 25.2.2019)
- (2017): „Xiongan New Area: City of Chinese Dreams“, in: *China Daily*, 2. Mai, http://www.chinadaily.com.cn/china/2017-05/02/content_29163249.htm (Aufruf: 20.5.2017)
- China Dashboard (2019): „China Dashboard Fall 2019 Update“, <https://chinadashboard.asiasociety.org/fall-2019/page/overview> (Aufruf 15.2.2020)
- Cox, Robert Henry (2001): „The Social Construction of an Imperative: Why Welfare Reform Happened In Denmark And the Netherlands But Not In Germany“, in: *World Politics*, 53: 463–498
- Deng, Jinting (2018): „The National Supervision Commission: A New Anti-corruption Model in China“, in: *International Journal of Law, Crime and Justice*, 52: 58–73
- Economy, Elizabeth (2014): „China’s Imperial President“, in: *Foreign Affairs*, 93, 6: 80–91
- Economy, Elizabeth (2018): „The great firewall of China: Xi Jinping’s internet shutdown“, in: *The Guardian*, 29. Juni, <https://www.theguardian.com/news/2018/jun/29/the-great-firewall-of-china-xi-jinpings-internet-shutdown> (Aufruf: 26.02.2019)
- Eggleston, Karen; Oi, Jean C.; Rozelle, Scott; Sun, Ang; Walder, Andrew; Zhou, Xueguang (2013): „Will Demographic Change Slow China’s Rise?“, in: *The Journal of Asian Studies*, 72, 3: 505–518
- Epoch Times (2018): „Xi shengji si ge ‚lingdao xiaozu‘. Wang Qishan liao zhuguan waishi“ (Xi Jinping wertet vier ‚Kleine Führungsgruppen‘ auf. Wang Qishan soll Außenbeziehungen koordinieren), in: *Epoch Times*, 22. März, <http://www.epochtimes.com/gb/18/3/21/n10237763.htm> (Aufruf: 22.2.2019)
- Fabre, Guihelm (2017): „Xi Jinping’s Challenge: What Is behind China’s Anti-Corruption Campaign?“, in: *Journal of Self-Governance and Management Economics*, 5, 2: 7–28
- Fewsmith, Joseph (2013): *The Logic and Limits of Political Reform in China*. New York: Cambridge University Press
- Fewsmith, Joseph (2016): „The Challenges of Stability and Legitimacy“, in: Ross, Robert S.; Bekkevold, Jo Inge (Hgg.): *China in the Era of Xi Jinping: Domestic and Foreign Policy Challenges*. Washington, D.C.: Georgetown University Press, 92–114
- Frank, Robert (2013): „China’s Rich Fleeing the Country“, in: *CNBC*, 1. Februar, <http://www.cnb.com/2013/11/25/chinas-rich-fleeing-the-countrywith-their-fortunes.html> (Aufruf: 1.2.2017)
- Fu, Hualing (2016): „China’s Striking Anti-Corruption Adventure: A Political Journey Towards the Rule of Law?“, in: Chen, Weitseng (Hg.): *The Beijing Consensus? How China Has Changed the Western Ideas*. Cambridge: Cambridge University Press, 249–274
- Garton Ash, Timothy (2015): „Xi Jinping’s China is the Greatest Political Experiment on Earth“, in: *The Guardian*, 1. Juni, <http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/jun/01/war-peace-depend-chinadomestic-success> (Aufruf: 25.5.2017)
- Goldfinch, Shaun; Hart, Paul (2003): „Leadership and Institutional Reform: Engineering Macroeconomic Policy Change in Australia“, in: *Governance: An International Journal of Policy, Administration, and Institutions*, 16, 2: 235–270
- Gov.cn (2018): „Zhonggong Zhongyang yinfa ‘Shenhua dang he guojia jigou gaige fang’an’“ (ZK: Programm zur Vertiefung der Reform von Partei- und Staatsapparat), http://www.gov.cn/zhengce/2018-03/21/content_5276191.htm#1 (Aufruf: 20.2.2019)
- Hao, Yufan (1999): „From Rule of Man to Rule of Law: An Unintended Consequence of Corruption in China in the 1990s“, in: *Journal of Contemporary China*, 8, 22: 405–423
- He, Zengke (2000): „Corruption and Anti-Corruption in Reform China“, in: *Communist and Post-Communist Studies*, 33, 2: 243–270

- Heilmann, Sebastian (2008): „Policy Experimentation in China’s Economic Rise“, in: *Studies on Comparative International Development*, 43, 1: 1–26
- Hu, Xiaobo (2017): „China’s New Normal: Challenges to Old Politics of Economic Reforms“, in: *Journal of Chinese Political Science*, 22, 3: 449–460
- Lam, Willy Wo-Lap (2015): *Chinese Politics in the Era of Xi Jinping. Renaissance, Reform, or Retrogression?* New York: Routledge
- Lam, Willy (2018): „At China’s ‘Two Sessions’, Xi Jinping Leaves His Mark on the Party State“, in: *China Brief*, 18, 5: 1–4
- Lardy, Nicholas (2018): „Private sector development“, in: Garnaut, Ross; Song, Ligang; Fang, Cai (Hgg.): *China’s 40 Years of Reform and Development 1978–2018*. Acton: ANU Press, 329–344
- Lee, Sangkuk (2017): „An Institutional Analysis of Xi Jinping’s Centralization of Power“, in: *Journal of Contemporary China*, 26, 105: 325–336
- Li, He (2015): *Political Thought and China’s Transformation. Ideas Shaping Reform in Post-Mao China*. New York: Palgrave Macmillan
- Li, Li; Wang, Peng (2019): „From Institutional Interaction to Institutional Integration: The National Supervisory Commission and China’s New Anti-corruption Model“, in: *The China Quarterly*, 240: 967–989
- Lieberman, Robert C. (2002): „Ideas, Institutions, and Political Order: Explaining Political Change“, in: *American Political Science Review*, 96, 4: 697–712
- Manion, Melanie (2004): *Corruption by Design. Building Clean Government in Mainland China and Hong Kong*. Cambridge: Harvard University Press
- Miller, Alice (2008): „The CCP Central Committee’s Leading Small Groups“, in: *China Leadership Monitor* 26, 2. September, <http://www.hoover.org/sites/default/files/uploads/documents/CLM26AM.pdf> (Aufruf: 2.3.2017)
- (2014): „More Already on the Central Committee’s Leading Small Groups“, in: *China Leadership Monitor* 44, 28. Juli, <http://www.hoover.org/sites/default/files/research/docs/clm44am.pdf> (Aufruf: 2.3.2017)
- Misra, Kalpana (1998): *From Post-Maoism to Post-Marxism: The Erosion of Official Ideology in Deng’s China*. New York: Routledge
- Naughton, Barry (2014): „After the Third Plenum: Economic Reform Revival Moves toward Implementation“, in: *China Leadership Monitor* 43, 14. März, <https://www.hoover.org/research/afterthird-plenum-economic-reform-revival-moves-toward-implementation> (Aufruf: 2.3.2017)
- (2018): „State enterprise reform today“, in: Garnaut, Ross; Song, Ligang; Fang, Cai (Hgg.): *China’s 40 Years of Reform and Development 1978–2018*. Acton: ANU Press, 375–391
- People’s Daily (2013): „Xi Demands Implementation of ‘Mass Line’ Campaign“, in: *People’s Daily*, 10. Dezember, <http://en.people.cn/90785/8479207.html> (Aufruf: 22.2.2019)
- (2018): „CPC Releases Plan on Deepening Reform of Party and State Institutions“, in: *People’s Daily*, 22. März, <http://en.people.cn/n3/2018/0322/c90000-9440252.html> (Aufruf: 20.2.2019)
- Qiushi (2015): „Xi Jinping: Fan fu shi weile bimian wang dang wang guo“ (Xi Jinping: Korruptionsbekämpfung soll den Tod von Partei und Staat verhindern), http://news.ifeng.com/a/20150810/44390978_0.shtml (Aufruf: 2.3.2017)
- Quade, Elisabeth A. (2007): „The Logic of Anticorruption Enforcement Campaigns in Contemporary China“, in: *Journal of Contemporary China*, 16, 50: 65–77
- Rapoport, Elizabeth (2014): „Utopian Visions and Real Estate Dreams: The Eco-City Past, Present and Future“, in: *Geography Compass*, 8, 2: 137–149
- Rose-Ackermann, Susan (2010): „Corruption: Greed, Culture, and the State“, in: *The Yale Law Journal*, 120: 125–140

- Rosen, Daniel H; Leutert, Wendy; Guo, Shan (2018): „Missing Link: Corporate Governance in China’s State Sector“, An Asia Society Special Report with Rhodium Group, https://asiasociety.org/sites/default/files/inline-files/ASNC_Rhodium_SOEReport.pdf (Aufruf: 19.2.2019)
- Ryan, Fergus (2016): „China’s Anti-Corruption Drive Moves Into Television Dramas“, in: China Film Insider, 26. April, <http://chinafilminsider.com/china-anti-corruption-drive-moves-television-dramas/> (Aufruf: 2.4.2017)
- Sabatier, Paul A.; Weible, Christopher M. (2007): „The Advocacy Coalition Framework: Innovation and Clarifications“, in: Sabatier, Paul A. (Hg.): *Theories of the Policy Process*. Boulder: Westview Press, 189–220
- Schmidt, Vivien A. (2008): „Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourse“, in: *Annual Review of Political Science*, 11: 303–326
- Schmidt, Vivien A. (2010): „Taking Ideas and Discourse Seriously: Explaining Change through Discursive Institutionalism as the Fourth New Institutionalism“, in: *European Political Science Review*, 2, 1: 1–25
- Shirk, Susan L. (2018): „China in Xi’s “New Era”: The Return to Personalistic Rule“, in: *Journal of Democracy*, 29, 2: 22–36
- Tai, Catherine (2018): „China’s Private Sector Is Under Siege“, in: *The Diplomat*, 22. Dezember, <https://thediplomat.com/2018/12/chinas-private-sector-is-under-siege/> (Aufruf: 17.2.2019)
- Taylor, Jon R. (2015): „The China Dream is an Urban Dream: Assessing the CPC’s National New-Type Urbanization Plan“, in: *Journal of Chinese Political Science*, 20, 2: 107–120
- Teets, Jessica; Hurst, William (Hgg.) (2014): *Local Governance Innovation in China: Experimentation, Diffusion, and Defiance*. New York: Routledge
- Tiezzi, Shannon (2013): „The Mass Line Campaign in the 21st Century“, in: *The Diplomat*, 27. Dezember, <https://thediplomat.com/2013/12/the-mass-line-campaign-in-the-21st-century/> (Aufruf: 18.2.2019)
- True, James L.; Jones, Bryan D.; Baumgartner, Frank R. (2007): „Punctuated-Equilibrium Theory: Explaining Stability and Change in Public Policymaking“, in: Sabatier, Paul A. (Hg.): *Theories of the Policy Process*. Boulder: Westview Press, 155–187
- Tsai, Kellee S. (2006): „Adaptive Informal Institutions and Endogenous Institutional Change in China“, in: *World Politics*, 59, 1: 116–141
- Voigt, Benedikt (2012): „Die korrupte Kaste der Staatsfunktionäre“, in: *Der Tagesspiegel*, 15. September, <https://www.tagesspiegel.de/politik/china-die-korrupte-kaste-der-staatsfunktionaere/7136846.html> (Aufruf: 1.2.2017)
- Wedemann, Andrew (2005): „Anticorruption Campaigns and the Intensification of Corruption in China“, in: *Journal of Contemporary China*, 14, 42: 93–116
- Xinhua (2012): „Full Text of Hu Jintao’s Report at the 18th Party Congress“, in: *Xinhua*, 17. November, http://news.xinhuanet.com/english/special/18cpnc/2012-11/17/c_131981259.htm (Aufruf: 20.4.2017)
- (2013a): „Xi Jinping: Guanyu ‚Zhonggong Zongyang guanyu quanmian shenhua gaige ruogan zhongda wenti de jue ding‘ de shuoming“ (Xi Jinping: Erläuterung zur „Resolution des Zentralkomitees zu einigen wichtigen Fragen bei der umfassenden Vertiefung der Reformen“), in: *Xinhua*, 15. November, http://news.xinhuanet.com/politics/2013-11/15/c_118164294.htm (Aufruf: 25.5.2017)
- (2013b): „Xinhua Insight: 35 Years On, China Ready for New Round of Reform“, in: *Xinhua*, 7. November, http://news.xinhuanet.com/english/indepth/2013-11/07/c_132868621.htm (Aufruf: 25.5.2017)

- (2013c): „Zhonggong Zhongyang guanyu quanmian shenhua gaige ruogan zhongda wenti de jue ding“ (Resolution des Zentralkomitees zu einigen wichtigen Fragen bei der umfassenden Vertiefung der Reformen), in: *Xinhua*, 15. November, http://news.xinhuanet.com/politics/2013-11/15/c_118164235.htm (Aufruf: 25.5.2017)
- (2014a): „Highlights of Communique of 4th Plenary Session of CPC Central Committee“, in: *Xinhua*, 23. März, http://news.xinhuanet.com/english/china/2014-10/23/c_133737957.htm (Aufruf: 25.5.2017)
- (2014b): „Xinhua Insight: China Declares War Against Pollution“, in: *Xinhua*, 5. März, http://news.xinhuanet.com/english/special/2014-03/05/c_133163557.htm (Aufruf: 20.4.2017)
- (2015): „China Voice: Fox Hunt Dashes Dreams of Corrupt Officials“, in: *Xinhua*, 8. Januar, http://news.xinhuanet.com/english/china/2015-01/08/c_133906288.htm (Aufruf: 7.2.2017)
- (2017): „China to Set Up National Supervision Commission Next Year“, in: *Xinhua*, 30. Oktober, http://www.xinhuanet.com/english/2017-10/30/c_136713601.htm (Aufruf: 20.4.2018)
- (2018): „Zhonghua renmin gongheguo xianfa“ (Verfassung der VR China), in: *Xinhua*, 22. März, http://www.gov.cn/guoqing/2018-03/22/content_5276318.htm (Aufruf: 25.03.2018)
- (2019a): „Xi highlights Party building in central Party, state institutions“, in: *Xinhua*, 9. Juli, http://www.xinhuanet.com/english/2019-07/09/c_138212488.htm, (Aufruf 17.02.2020)
- (2019b): „Zhonggong zhongyang guanyu jianshe he wanshan Zhongguo tese shehuizhuyi zhidu tuijin guojia zhili tixi he zhili nengli xiandaihua ruogan zhongda wenti de jue ding“ (Central Committee decision on some major issues concerning how to uphold and improve the systems of socialism with Chinese characteristics and to advance the modernization of China’s governance system and governance capacities), in: *Xinhua*, 5. November, http://www.xinhuanet.com/politics/2019-11/05/c_1125195786.htm, (Aufruf 25.2.2020)
- (2020): „China sprints to meet 2020 urbanization goal“, in: *Xinhua*, 19. Januar, http://www.xinhuanet.com/english/2020-01/19/c_138718498.htm (Aufruf: 16.2.2020)
- Yang, Xuedong; Jian, Yan (2018): „Top-level Design, Reform pressures, and Local Adaptions: An Interpretation of the Trajectory of Reform since the 18th CPC Party Congress“, in: Noesselt, Nele (Hg.): *Governance Innovation and Policy Change. Recalibrations of Chinese Politics under Xi Jinping*. London: Lexington, 97–123
- Yuen, Samson (2014): „Disciplining the Party. Xi Jinping’s anti-corruption campaign and its limits“, in: *China Perspectives*, 3: 41–47
- Zaobao (2018): „Zhonggyang shengai, wangxin, caijing, waishi liangdao xiaozu gai wei weiyuanhui“ (Das Zentralkomitee beschließt die Umwandlung der Kleinen Führungsgruppen für die Vertiefung der Reformen, Cybersicherheit und Digitalisierung, Finanzen und Ökonomie, Auswärtige Angelegenheiten in Kommissionen), in: *Lianhe Zaobao*, 21. März, <http://www.zaobao.com.sg/realtime/china/story20180321-844566> (Aufruf: 20.2.2019)
- Zhao, Suisheng (2017): „Whither the China Model: Revisiting the Debate“, in: *Journal of Contemporary China*, 26, 103: 1–17
- Zheng, Yongnian (2007): *De Facto Federalism in China: Reforms and Dynamics of Central-Local Relations*. Singapore: World Scientific
- Zittoun, Philippe (2009): „Understanding Policy Change As a Discursive Problem“, in: *Journal of Comparative Policy Analysis*, 11, 1: 65–82